II

5./IV. 1917

Die Delegationen.

Ausgaben und Einnahmen in den Budgetjahren 1914/15, 1915/16 und 1916/17;

2. betreffend die Schlußrechnungen für das Jahr 1913 und für die ersten sechs Monate des Jahres 1914. Der gemeinsame Finanzminister wird die Verordnung, betreffend den Voranschlag der Verwaltung der Länder Bosnien und Herzegovina für 1917/18 nebst dem mit den Erläuterungen versehenen Detail-Voranschlage ferner die Schlußrechnung pro 1911 und außerdem den Verwaltungsbericht über Bosnien und Herzegovina für die Jahre 1914 bis 1916, endlich „Die Hauptergebnisse des auswärtigen Warenverkehres von Bosnien und der Herzegovina für das Jahr 1913" zur Verteilung bringen.

Hierauf wird beschlossen, einen 24gliedrigen Ausschuß für Aeußeres, einen 24gliedrigen Heeresausschuß, einen 15gliedrigen Finanzausschuß, einen 15gliedrigen Bosnischen Ausschuß, einen neungliedrigen Petitionsausschuß einzusetzen und sofort

die Wahl in die Ausschüsse

vorgenommen.

Es werden hiebei die christlichsozialen Delegierten Baron Fuchs und Miklas sowie das Mitglied der Rechtspartei Graf Walterskirchen in den Ausschuß für Aeußeres, Fink, Mayer und Dr. Schlegel in den Heeresausschuß (in den auch Generaloberst Dankl entsendet wird), Doktor Schöpfer und Bürgermeister Dr. Weiskirchner in den Finanzausschuß (dem u. a. auch Graf Mensdorff und Fürst Lobkowitz angehören werden), Dr. Mataja und Dr. Schöpfer in den Bosnischen Ausschuß gewählt.

Bei den Ausschußwahlen ergab sich eine Konkurrenz zwischen den ostgalizischen und den Bukowinaer Ukrainern. Der Führer der letzteren Baron Wassilko wurde mit 55 Stimmen gegen 28, die auf den Führer der ostgalizischen Gruppe Dr. Petruszewicz entfielen, in den Ausschuß für Aeußeres gewählt, dagegen Petruszewycz bei beiläufig umgekehrtem Stimmenverhältnis in den Heeres- und in den Finanzausschuß entsendet.

Die nach Schluß der Sitzung vorgenommene Konstituierung der Ausschüsse ergab:

Ausschuß für Aeußeres: Obmann Dr. Baernreither, Obmannstellvertreter Dr. Frhr. v. Fuchs, Schriftführer die Delegierten Frhr. v. Pantz, Graf Nostitz und Pittoni; zum Referenten den Delegierten Frhr. v. Beck; nächste Sitzung morgen um 5 Uhr nachm. zur Entgegennahme des Exposés des Ministers des Aeußern. — Heeresausschuß: Obmann Dr. German, Stellvertreter Graf Vetter, Schriftführer Dr. Freißler, Glöckel, (nächste Sitzung Donnerstag um 10 Uhr vormittags); bosnischer Ausschuß: Obmann Fürst Lobkowitz, Stellvertreter Dr. Freißler, Schriftführer Dr. Mataja, Dr. v. Grabmayr (Sitzung Donnerstag, um ½10 Uhr vormittags); Finanzausschuß: Obmann Dr. von Langenhan, Stellvertreter R. v. Schoeller, Schriftführer Spieß; Petitionsausschuß; Obmann R. v. Schoeller, Stellvertreter Daszynski, Schriftführer Teltschik.

Anträge zur Friedensfrage.

Die Delegierten Dr. Freiherr v. Fuchs, Fürst Fürstenberg, Dr. v. Langenhan, Graf Larisch, Miklas, Freih. v. Pantz, Dr. Schlegel, Dr. Waldner, Graf Walterskirchen, Ritter v. Wassilko und Genossen bringen einen Antrag ein, in welchem es nach Zitierung der Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten über das russische Friedensanbot heißt:

Die Delegation erwartet, daß der Minister des Aeußern in den Verhandlungen mit der russischen Regierung diesen seinen programmatischen Erklärungen gemäß für einen allgemeinen, dauerhaften und ehrenvollen Frieden ohne Vergewaltigung, aber mit den nötigen Sicherungen der Monarchie eintreten, daß er aber zugleich jede Diskussion über die inneren Verhältnisse der Oesterreich-Ungarischen Monarchie ablehnen werde. Die Delegation billigt auch, daß jenen Staaten gegenüber, die auf der bezeichneten Grundlage in Friedensverhandlungen einzugehen, dermalen noch nicht willens sind, die dadurch gebotene Zurückhaltung hinsichtlich der Mitteilung von Friedenszielen beobachtet werde. Es wird daher der Antrag gestellt: die Delegation wolle beschließen: Die österreichische Delegation billigt die Politik des Ministers des Aeußern, die darauf gerichtet sei, im engen Einvernehmen mit den Verbündeten baldmöglichst einen allgemeinen, dauerhaften und ehrenvollen Frieden zu erzielen, welcher die territoriale Integrität der österreich-ungarischen Monarchie und deren künftige freie Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete sichert. In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem Ausschuß für das Aeußere zuzuweisen.

Die Del. Daszynski und Genossen überreichen zur gleichen Sache einen Antrag, in dem es heißt: Wir stellen fest, daß die russische provisorische Regierung durch die Proklamierung des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und durch die besondere Anerkennung eines zu errichtenden polnischen unabhängigen Staates, in dem Entstehen dieses Staates weder eine Vergewaltigung noch ein Friedenshindernis erblicken kann. Weiter stellen wir fest, daß die beiden Mittelmächte die Selbständigkeit des polnischen Staates feierlich anerkannt haben. Da durch die nahe Friedensverhandlung vorläufig mit Rußland die endgültige Verwirklichung dieser Entschlüsse in unmittelbare Nähe gerückt erscheint, beantragen die Unterzeichneten: die Delegation wolle beschließen: die österreichische Delegation billigt die Politik des Herrn Ministers des Aeußern, baldmöglichst einen allgemeinen Frieden zu schließen und erwartet, daß der Herr Minister tatkräftig bei den Friedensverhandlungen für die Verwirklichung eines lebenskräftigen, entwicklungsfähigen, den nationalen Rechten des polnischen Volkes entsprechenden polnischen Staates und zugleich auch für die Sicherung der Interessen der Monarchie in wirksamster Weise eintreten werde.

Dagegen beantragen die Del. Stanek, Dr. Korosec, Dr. Petruszewicz und Genossen: im Hinblick darauf, daß die im Abgeordnetenhause eingebrachten Anträge auf Verfassungsänderung bezüglich der prärogativen Rechte der Krone zur Entscheidung über Krieg und Frieden, Mobilisierung und Demobilisierung noch nicht behandelt würden, die Delegation wolle beschließen: der Minister des Aeußern wird aufgefordert, der Krone den Wunsch der Delegation zu verdolmetschen, sie möge durch die Regierungen die unverzügliche Wahl von Vertretern aller in den beiden Abgeordnetenhäusern bei der Reichshälften vertretenen Völker zu den bevorstehenden Friedensverhandlungen in der nachstehenden Zusammensetzung laut den letzten Volkszählungsverhältnissen veranlassen: 12 Deutsche, 10 Magyaren, 10 Tschechoslaven, 7 Südslaven, 5 Polen, 4 Ukrainer, 3 Rumänen, 1 Italiener.

Del. Dr. Zahradnik und Genossen beantragen die Errichtung eines k. u. k. Monturdepots in Prag;

Del. Dr. Körner und Genossen beantragen, zu beschließen, daß die Immunität des Del. Klofac und des gewesenen Del. Kramar verletzt worden sei.

Die von der Regierung eingebrachten Vorlagen werden dem Finanzausschuß zugewiesen.

Eine Erklärung der Friedenverhandlungsstörer.

Del. Stanek gibt in Form einer Anfrage an den Präsidenten namens der tschechischen und südslovischen Delegierten eine Erklärung ab, die auch dem „unabänderlichen Willen" ihrer Nationen entspreche, daß ein dauernder Friede nur auf Basis des vollsten Selbstbestimmungsrechtes der Völker möglich sei. Die k. u. k. Regierung habe gerade den wesentlichsten Teil des russischen Anbots absichtlich und wissentlich unterdrückt und versucht, die öffentliche Meinung der Welt durch den Hinweis auf das demokratische österreichische Parlament zu täuschen, während der ungarische Ministerpräsident die jeder Zivilisation hohnsprechenden Zustände in Ungarn dreist . . .

Präsident (unterbrechend): Ich bitte, solche Ausdrücke . . .

Del. Stanek: Als Ideal der nationalen Freiheit hinstellt erfüllt uns mit tiefstem, in der ganzen Geschichte unserer Völker ohnehin schon früher voll begründetem Mißtrauen. Die nationale Entwicklung könne nur gewährleistet werden, wenn das Recht der Selbstbestimmung der Nationen in vollstem Maße klar und offen gewährt, ohne Rückhalt und allseits anerkannt und für die ungeschmälerte und sofortige Durchführung desselben unwiderrufliche, unzweideutige, genügend bindende Garantien geboten werden. (Beifall bei den Tschechen und Südslaven.)

Eine Rüge.

Präsident: Del. Stanek wird selbst das Gefühl haben, daß ich nicht in der Lage bin, eine Antwort zu geben. Nachdem aber diese Anfrage gezeichnet ist, werde ich sie als Interpellation dem Minister des Aeußern übermitteln, muß aber bemerken, daß der Tenor des Ganzen und insbesondere einzelne Ausdrücke zu einer Rüge Anlaß geben. (Widerspruch bei den Tschechen und Südslaven.) Besonders muß ich zurückweisen . . . .

Del. Dr. Zahradnik schreit: Das ist die Objektivität!

Präsident: Das ist Objektivität, da lasse ich mir von Ihnen gar nichts sagen.

Del. Stanek: Ich verwahre mich gegen die Rüge des Präsidenten!

Präsident: Ich bitte, ich werde Ihnen gleich sagen, weshalb ich die Rüge aussprechen muß. Es heißt in der Interpellation: „während der ungarische Ministerpräsident die jeder Zivilisation Hohn sprechenden Zustände in Ungarn dreist . . ." (Lebhafte Zwischenrufe.) Eine solche Sprache kann ich in der österreichischen Delegation nicht zulassen.

Del. Tomasek: Fragen Sie die Nationalitäten in Ungarn!

Del. Zahradnik: Das Unrecht wollen Sie in Schutz nehmen!

Präsident: Solche Ausdrücke lasse ich hier nicht zu. Ich werde diese Anfrage dem Minister des Aeußern zukommen lassen, bedauere aber, daß solche Ausdrücke darin enthalten waren.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Schluß der Sitzung ½7 Uhr nachmittags.